



### Kein Ende der Proteste in Rumänien

Gestern haben Tausende Menschen den zwölften Tag in Folge gegen die Sparpolitik der Regierung und gegen Staatspräsident Traian Basescu demonstriert. Allein in Bukarest gingen nach Polizeiangaben etwa 3000 Menschen auf die Straße. FOTO: DAPD

# Wut über Genozid-Gesetz

## Frankreichs Völkermordgesetz empört die Türkei. Erdogan übt harte Kritik an Sarkozy.

ISTANBUL, PARIS. „Schande über Frankreich“ und „Teufel Sarkozy“ lauteten gestern Überschriften in türkischen Zeitungen als Reaktion auf die Verabschiedung des Völkermordgesetzes in Paris. Der Gesetzestext sieht Strafen von bis zu einem Jahr Haft und 45.000 Euro bei der Leugnung von Völkermorden vor, die in Frankreich offiziell als solche eingestuft worden sind. Dazu zählt nach französischem Recht auch die Tötung zahlloser Armenier während des Ersten Weltkriegs im Osmanischen Reich. Die Türkei bestreitet, dass es einen Völkermord gegeben habe.

Nun will die Hauptstadt Ankara französische Straßennamen tilgen. Der Staats-

sender TRT will seine Zusammenarbeit mit dem aus Lyon sendenden TV-Kanal Euronews aufkündigen. Und die türkische Regierung droht, die Axt an gemeinsame Wirtschaftsprjekte mit Frankreich zu legen.

### Sarkozy auf Stimmenfang

Es herrscht eine Art kalte Wut über das Vorgehen des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan wirft ihm Arroganz und Stimmenfang wenige Monate vor der Prä-

sidentenwahl vor. Um eine drohende Wahlniederlage abzuwenden und die Stimmen von armenischstämmigen Wählern zu gewinnen, opfere Sarkozy die Freundschaft zur Türkei, sagte Erdogan gestern in Ankara. Das Gesetz - das eine Leugnung des Völkermordes an den Armeniern kriminalisiert - sei ein „Marsaker an der Meinungsfreiheit“. Denn kein Parlament habe das Recht, eine Sicht auf die Geschichte juristisch festzuschreiben, erklärte auch das türkische Außenministerium. Allerdings wären

die Proteste der türkischen Regierung überzeugender, wenn sie auch im eigenen Land die Meinungsfreiheit stärken würden. Stattdessen werden noch immer Türken für „Meinungsverbrechen“ festgenommen. Immerhin wurde die jahrzehntelange Praxis türkischer Gerichte, die Behauptung eines Völkermordes an den Armeniern in der Türkei hart zu bestrafen, inzwischen von Erdogans Regierung eingeschränkt.

### Verteidigung von Werten

Armenien begrüßte dagegen die Annahme des Gesetzes. Frankreich spiele eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung menschlicher Werte, sagte Außenminister Edward Nalbandjan nach Angaben von Medien. Dieser Tag werde in die Geschichte der armenisch-französischen Freundschaft eingehen.

### Stichwort

#### Massenmord an Armeniern im Osmanischen Reich

Im Ersten Weltkrieg wurden bis zu 1,8 Millionen Armenier aus Ostanatolien vertrieben. Die Osmanen sahen sie als Verbündete des Kriegsgegners Russland an. Nach Angaben des Zentrums gegen Vertreibungen (Wiesbaden) kamen bei den Deportationen in den Jahren 1915 und 1916 fast 1,5 Millionen Menschen ums Leben. Die heutige Türkei, in der nur noch eine kleine armenische Minderheit lebt, spricht von 200.000 Toten.

## VN-INTERVIEW. Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger (37)

# Katerstimmung bei Aktivisten

## Ein Jahr nach Beginn der Revolution haben Aktivisten in Ägypten kaum Grund zu feiern.

IRIS BURTSCHER  
iris.burtscher@vn.vl.at, 05572/501-190

DORNBIERN. (VN) Vor genau einem Jahr hielt der Arabische Frühling auch in Ägypten mit Massenprotesten Einzug. Der regierende Militär hat den 25. Jänner zum Feiertag erklärt - und die Aufhebung des seit über 30 Jahren geltenden Ausnahmezustands angekündigt. Vielen ist trotzdem nicht zum Feiern zumute. Aktivisten rufen erneut zu Demonstrationen auf. Von der Demokratie ist das Land weit entfernt, analysiert der Vorarlberger Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger. Er erwartet noch Jahre der Unruhe.

Sind die Ägypter noch so optimistisch wie vor einem Jahr?  
SCHMIDINGER: Vor einem Jahr war die Stimmung geradezu euphorisch. Weil es niemand für möglich hielt, dass es so schnell zu einem Erfolg

führt - zumindest vermeintlich. Denn das Militär spielt immer noch eine wichtige Rolle und damit der Apparat des alten Regimes. Nur weil Mubarak weg ist, heißt das nicht, dass es tatsächlich eine Revolution war, die zu einer Systemänderung geführt hat.

### Wie sich jetzt bestätigt?

SCHMIDINGER: Ja. Die Mehrheit der Bevölkerung hat offenbar dem Militär vertraut. Ein Trugschluss. Das Militär hat die Macht gefestigt. Die Aktivisten, die nach dem Februar gehofft haben, dass es in eine demokratische Richtung geht, fürchten sich wieder festgenommen zu werden. Insofern sind wir weiterhin in einer Militärdiktatur.

### Die Islamisten sind bei den Wahlen als Sieger hervorgegangen, was dem Westen nicht passt. Ist das nun einfach zu akzeptieren?

SCHMIDINGER: Bis zu einem bestimmten Grad muss man es akzeptieren. Ägypten ist eine religiöse Gesellschaft. Die Moslembrüder waren über Jahrzehnte in den

Armenvierteln präsent, oft als einzige Oppositionsgruppierung, die Sozialleistungen erbracht hat. Insofern sehen viele in ihnen die Alternative zum Militär. Die wenigen Nachwahlbefragungen deuten an, dass die Ägypter die Moslembrüder und die Salafisten nicht gewählt haben, um einen islamischen Staat zu errichten. Sondern weil sie von ihnen eine weniger korrupte Regierung erwarten, die ihre Umstände verbessert. Das Wahlmotiv „Scharia“ wurde selten genannt.

### Wie sieht die Zukunft aus?

SCHMIDINGER: Das kommt darauf an, ob das Militär die Macht abgibt, und wenn ja, wie viel. Und wie sich die Parteien in ein demokratisches System integrieren. Man darf nicht übersehen, dass keine eine absolute Mehrheit hat. Keiner ist stark genug, alleine eine Diktatur zu errichten.

### Was ist realistisch?

SCHMIDINGER: Dass man mehrere Jahre lang eine instabile Situation haben wird, in der Militär, Moslembrüder und Salafisten um Macht kämpfen. Ich hoffe, sie kämpfen friedlich. Langfristig sehe ich das Potenzial, dass sich Ägypten in Richtung Demokratie entwickelt. Entscheidend sind die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen.

Amnesty lädt am 3. Februar, ab 20 Uhr, zu einem Vortrag von Thomas Schmidinger zum Arabischen Frühling ins Feldkircher Theater am Saumarkt.



# 750 Milliarden Euro für neuen Rettungsschirm

BRÜSSEL. Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) kann sich vorstellen, dass der künftige permanente Euro-Rettungsschirm ESM bei einer Zusammenlegung mit dem laufenden Rettungsschirm EFSF ab Juli dieses Jahres eine Größenordnung von 750 Milliarden Euro aufweisen könnte. Eine Zusammenlegung der aus dem EFSF übrig gebliebenen Gelder mit den 500 Milliarden Euro, die für den ESM geplant sind, wäre denkbar, wodurch man diese Größenordnung erreichen könnte, sagt Fekter: „Ich glaube, das ist konsensfähig.“

Es werde aber keine zusätzlichen Belastungen für Österreich geben, erklärt die Finanzministerin nach dem gestrigen EU-Finanzministerrat in Brüssel. Fekter sagt, dass die EU-Finanzminister von den im EFSF vereinbarten Volumina ausgehen, um die Überführung zum permanenten Rettungsschirm ESM vorzunehmen. Derzeit, so die

Finanzministerin, „gehen wir von 500 Milliarden Euro beim ESM aus, plus dem, was halt dann noch zusätzlich übrig bleibt“. Zu berücksichtigen sei auch, dass der derzeitige Rettungsschirm EFSF noch das Programm für Portugal und Irland „und unter Umständen das zweite Programm für Griechenland“ durchführe. Er werde also seine Mittel noch brauchen. Fekter bekräftigte aber, dass es derzeit in den Mitgliedsländern große Schwierigkeiten gebe, über parlamentarische Beschlüsse Aufstockungen der Rettungsschirme vorzunehmen.

### Hilfe für Griechenland unsicher

Das zweite Hilfspaket für Griechenland wird derzeit von den EU-Partnern infrage gestellt. Sie werden immer unzufriedener mit den Reformanstrengungen des Landes und den schleppenden Verhandlungen mit den Banken über einen Schuldenschnitt.

## Putin-Gegner ausgeschlossen

MOSKAU. Die russische Wahlleitung hat dem liberalen Oppositionspolitiker Grigori Javlinski als Gegner von Regierungschef Putin die Zulassung zur Präsidentenwahl verweigert. Als Begründung wird angegeben, dass 24 Prozent der nötigen zwei Millionen Unterstützungsunterschriften für ihn ungültig seien. Aus Sicht von Beobachtern soll Javlinskis Ausschluss helfen, dass Putin in der ersten Runde gewinnt, ohne in eine Stichwahl zu müssen.



Rückschlag für Orbán – Ungarn drohen Sanktionen. FOTO: EPA

## Defizitverfahren gegen Ungarn

BRÜSSEL. Die EU-Finanzminister haben gestern in Brüssel den Weg für ein Defizitverfahren gegen Ungarn geebnet. „Ungarn hat nicht das Nötige getan“, erklärte die dänische Finanzministerin Margrethe Vestager im Namen des aktuellen EU-Ratsvorsitzes. Die Finanzminister schlossen sich damit einer Bewertung der EU-Kommission an. Sie leitete ein Verfahren ein, um gegen Budapest wegen des hohen Haushaltsdefizits des Landes vorzugehen. Ungarn drohen damit in letzter Konsequenz Sanktionen. Für Regierungschef Viktor Orbán bedeutet der Entscheid einen Rückschlag, da seine Regierung derzeit versucht, Milliardenhilfen von der EU und dem IWF zu erhalten.

## Golfstaaten verlassen Syrien

WIEN. Nun haben sich nach Saudi-Arabien auch die Golfstaaten entschlossen, ihre Mitglieder aus der Beobachtermission der Arabischen Liga in Syrien abzuziehen. Sie folgten dem Schritt Saudi-Arabiens, dessen Regierung Machthaber Baschar al-Assad wegen der anhaltenden Gewalt scharf kritisiert hatte. Mit dem Rückzug der 55 Beobachter des Golfkooperationsrates (GCC) könnte der gesamte Einsatz scheitern.

# Gaddafi-Anhänger erobern Stadt zurück

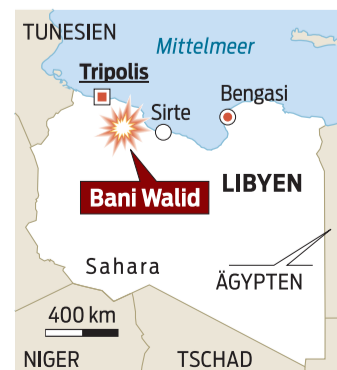
BERLIN. Libyen kommt nicht zur Ruhe: Auch rund 100 Tage nach dem Tod des Diktators Muammar al-Gaddafi wird noch geschossen. Kämpfe von Rebellen untereinander oder gegen Anhänger des alten Regimes behindern den Wiederaufbau des zerstörten Landes.

So wurden bei der Erstürmung der libyschen Stadt Bani Walid durch Anhänger des getöteten Staatschefs Muammar al-Gaddafi nach Angaben des Leiters des örtlichen Stadtrats vier Mitglieder der Revolutionsstreitkräfte getötet und 25 weitere verletzt. Nach mehrstündigen Gefechten hätten die gut ausgerüsteten Gaddafi-Getreuen am Montagabend die grüne Flagge des alten Regimes gehisst, sagte gestern der libysche Verteidigungsminister Mubarak al-Fatamni. Er habe

keine Truppen nach Bani Walid entsandt. Al-Fatamni flüchtete nach dem Angriff ins nahegelegene Misrata. Den Kontakt zu anderen Kämpfern in Bani Walid habe er verloren.

### Wieder Kämpfe in Libyen

Anhänger des getöteten Diktators Gaddafi eroberten Wüstenstadt zurück



VN, GRAFIK: © APA, QUELLE: APA